



Newsletter

03.12.2025

Hinweis: In der ersten Version des Newsletters kam es leider zu einem Fehler bei den Links. Daher erhalten Sie nun die korrigierte Fassung.

Liebe Chinainteressierte,

herzlich willkommen zur Doppelausgabe 5/6 des China-Newsletters. Zurück aus Bangladesh, dürfen wir bereits verraten, dass Sie die eindruckliche Reise bald „live und in Farbe“ auf der neu entstehenden RIMA Webseite miterleben dürfen. Die Auswirkungen der fossilen Expansion in Bangladesh auf das Leben der Landbevölkerung und die Umwelt sind verherrend. Kohletanker aus Indien stehen vor dem Payra Tiefseehafen Schlange, um die fünf im Dschungel zwischen Dörfern und Schulen stehenden Kohlekraftwerke zu beliefern. Weltweit steht China an der Spitze der Kohleförderung, wie unsere neuen Daten zeigen. Auch auf der Klimakonferenz COP30 gab es kein Signal von China, der fossilen Expansion einen Riegel vorzuschieben

Unser Leitartikel beschäftigt sich mit dem neuen weltweiten „Wettrüsten“ der Atomkraft, bei dem die USA, China und Russland den Ton angeben.

Viel Spaß beim Lesen,

Eure/Ihre Nora und Anna, mit Praktikant Vincent Koch

China und Atomkraft



© Picryl

Reaktoren statt Reformen? Weltweite Atomrenaissance

Während China den Markt für Solarpanels und E-Mobilität längst dominiert, baut die Regierung in rasantem Tempo auch ihre nukleare Infrastruktur aus. Seit 2000 hat sich die Zahl der Reaktoren mehr als [verzehnfacht](#). Bis 2030 soll die Kapazität auf [200 Gigawatt](#) steigen, das entspricht der doppelten aktuellen US-Leistung. Offiziell soll der Ausbau dem Klimaschutz und der Energiesicherheit dienen. Chinas atomare Expansion endet jedoch nicht an seinen Grenzen. Im Rahmen der Belt and Road Initiative (BRI) [exportiert China Reaktoren](#) in Länder wie Pakistan, Rumänien oder Argentinien. Die China National Nuclear Corporation (CNNC) kooperiert zudem eng mit dem [russischen Atomriesen](#) Rosatom, um sowohl den Technologietransfer als auch den Marktzugang zu sichern. Asien entwickelt sich zunehmend zum Brennpunkt einer neuen nuklearen Welle. Auch Indien plant seine [Atomkapazität](#) bis 2047 auf 100 GW zu verzehnfachen. Während die Region massiv auf Kernenergie setzt, kippen internationale Leitplanken. So hob die Weltbank im Juni 2025 ihren jahrzehntelangen Bann [gegen die Finanzierung von](#) Atomprojekten auf, die [Asiatische Entwicklungsbank](#) tat es ihr gleich (siehe Folgeartikel). Die stark von China geprägte Asiatische Infrastruktur und Investitionsbank hält ihre Restriktion bislang aufrecht. Bei der Recherche zu diesem Thema war nicht zu

übersehen, wie stark die Berichterstattung durch die China/US Sichtweise beeinflusst wird. Daher verweisen wir an dieser Stelle auf urgewalds [Positionspapier](#) zu Nuklearenergie.

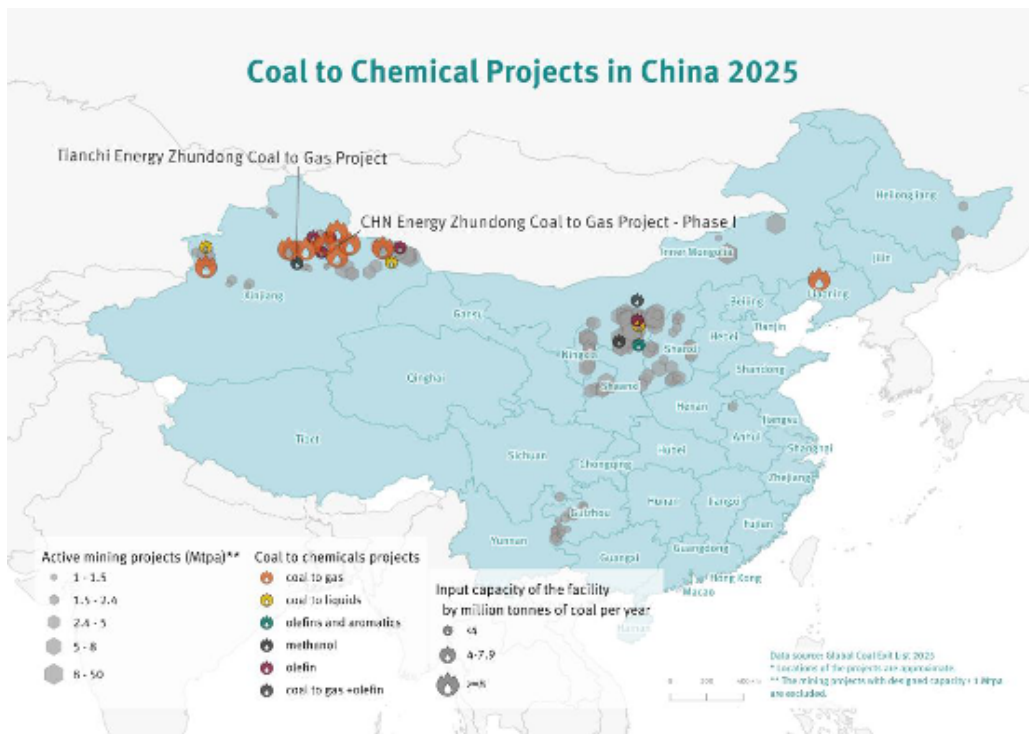


© Steffen Prößdorf

Keine Atomförderung mit Steuergeldern: Bundesregierung lehnt Finanzierung über Entwicklungsbanken ab

Die Antwort der [Bundesregierung](#) auf eine [Kleine Anfrage](#) der Grünen zur geplanten Öffnung multilateraler Entwicklungsbanken für Atomkraftprojekte machte deutlich: Deutschland lehnt die Finanzierung von Atomkraft weiterhin ab, ob durch die Weltbank, ADB oder andere Institutionen. Die Anfrage kritisiert insbesondere den Kurswechsel der Weltbank, künftig auch Laufzeitverlängerungen und neue Reaktortypen zu unterstützen. Die Bundesregierung betont auch indirekte Finanzierungen, etwa durch die KfW, seien nicht vorgesehen. Begründet wird die Position mit hohen Kosten, langen Bauzeiten, Sicherheitsrisiken und ungelösten Entsorgungsfragen. Dennoch konnte nicht verhindert werden, dass die Mehrzahl der Anteilseigner der ADB [am 24. November](#) die überarbeitete Energy Policy bewilligte, inklusive Atomkraftförderung. Urgewald hat dazu am 27.11. in der taz [einen Kommentar](#) veröffentlicht.

Energie und Infrastruktur



Kohlechemie im Aufwind: China plant fast die Hälfte aller neuen Projekte weltweit

Die aktuelle *Global Coal Exit List* (GCEL) von *Urgewald* zeigt: Die globale Kohleindustrie expandiert, besonders im Bereich der [klimaschädlichen Kohlechemie](#). Weltweit sind derzeit **47 neue Kohlechemie-Projekte** geplant oder im Bau, allein 21 davon in China. Der Fokus liegt dabei auf der Umwandlung von Kohle in Chemikalien, ein energieintensiver Prozess, für den sonst importiertes Öl oder Gas benötigt würde. Statt eines Ausstiegs aus der Kohle werden [eigene Kohlereserven](#) weiter gefördert, zum Preis von deutlich höheren Emissionen. Zudem zeigt die GCEL: 354 Unternehmen weltweit entwickeln derzeit neue Kohleminen, 303 planen neue Kohlekraftwerke. Auch im Ausland treiben chinesische Firmen Kohlechemie-Projekte voran, etwa in Indonesien. 2024 wurden rund **7 % der chinesischen Kohleproduktion** für die Kohlechemie verwendet. Diese Vorhaben gefährden Klima, Umwelt und Menschenrechte durch Wasserverbrauch, Luftverschmutzung und Zwangsumsiedlungen. Möglich wird dieser Kohle-Boom auch durch ungebremsste Finanzströme: Laut einer aktuellen *Urgewald*-Studie stammten über 70 % der weltweiten [Geschäftsbankkredite für die Kohlebranche](#) im vergangenen Jahr von chinesischen Geschäftsbanken, vorrangig für Projekte innerhalb Chinas.



© Wenying Yuan, Unsplash

China setzt erstmals Klimaziel

Am 24. September verkündete Präsident Xi Jinping in einer Videobotschaft vor der UN-Generalversammlung in New York erstmals ein absolutes **Klimaziel** für China: Bis 2035 wird das Land seine Netto-Treibhausgasemissionen um **7 bis 10 Prozent** gegenüber dem Höchststand senken. Zudem will die Regierung den Anteil nicht-fossiler Energien am Energiemix auf über 30 Prozent steigern und die installierte Kapazität von **Wind- und Solarenergie** auf 3600 GW ausbauen, sechsmal so viel wie 2020. Doch die Reaktionen auf das neue Ziel fallen überwiegend **kritisch** aus. Die oben angesprochene Kohle-Chemieprojekte gefährden dieses Ziel. Der EU-Klimakommissar Hoekstra bezeichnete Chinas Ankündigung als „unzureichend“, die ehemalige US-Klimadiplomatin Biniac sprach von einer „Enttäuschung“. Um das Pariser Abkommen einzuhalten, müsste China seine Emissionen bis 2035 um rund 30 % senken. Für das Erreichen des **CO₂-Peaks 2030** ist ein massiver Investitionsschub nötig. China müsste jährlich 3,5 Billionen Yuan in emissionsrelevante Sektoren investieren, aktuell sind es nur rund 2,5 Billionen. Der aktuelle 15. Fünfjahresplan (2026–2030, siehe unten) enthält keine konkreten Pläne für ein Phasing out der Kohle. Dies wäre aber eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass der CO₂-Peaks bis 2030 erreicht werden kann.

Chinas grüne Versprechen bleiben Stückwerk

Vier Jahre ist es her, dass Chinas Regierung ihre bisher fortschrittlichsten Umweltleitlinien für **Auslandsprojekte** veröffentlicht hat. Doch zwischen Anspruch und Realität klafft weiterhin eine große Lücke. Zwar ist die Zahl neuer chinesischer **Kohleprojekte im Ausland** seit dem 2021 verkündeten Investitionsstopp stark zurückgegangen, 59,3 Gigawatt geplanter Kapazität

wurden seither gestrichen. Doch 31,4 GW sind nach wie vor in Planung oder im Bau, darunter 12,1 GW sogenannte captive Coal plants vor allem in Indonesien, Indien, Laos und Simbabwe. Diese Projekte entziehen sich häufig nationalen Netzregulierungen und entgehen damit auch öffentlicher Kontrolle. Ein besonders alarmierendes Beispiel: Das neu gebaute, aber [derzeit stillgelegte Kohlekraftwerk 1,224MW Banshkhali](#) in Bangladesch könnte ohne neue Genehmigung jederzeit wieder ans Netz gehen. Schon [2021 wies die NGO CREA](#) darauf hin, dass die Anlage fünfmal so viel Schwefeldioxid und zehnmals so viel Stickstoffdioxid ausstößt, wie in China zulässig wäre. Parallel dazu gefährdet der anhaltende Boom bei metallurgischer Kohle (met coal), die für die Stahlproduktion genutzt wird, die Klimaziele massiv. Laut dem urgewald-Bericht [Still Burning](#) ist met coal für 11 % der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich, und der Übergang zu grünem Stahl wird durch neue Minenprojekte weiter verzögert. Die Finanzierung neuer met-coal Projekte stammt laut unserer Recherche zu 67 % aus China. Doch auch internationale Investoren profitieren über ihre Beteiligungen. Trotz positiver Signale wie dem Rückgang der Kohlepipeline bleibt Chinas Außenhandelspolitik in Sachen Kohle inkonsequent.



© UN Climate Change/Kiara Worth, Flickr

COP30: Chinas Führungsrolle bleibt vage

Die Vorzeichen für die diesjährige COP in Brasilien standen schlecht: [Geopolitische Spannungen](#) überschatteten die Konferenz, und viele zentrale Fragen waren ungelöst. Im seinem offiziellen Klimabericht 2025 betonte China technologische Beiträge wie die massive Ausweitung erneuerbarer Energien und den weltweiten Export grüner Technologien, allerdings ohne neue Finanzierungszusagen, Angaben zu [verfehlten Klimazielen](#) oder einer Ankündigung für den Ausstieg aus der Kohleindustrie. Klar ist: Peking nutzt den Rückzug der USA, um sich als einzig verlässlicher Partner in der Aufrechterhaltung des Multilateralismus und Führungsmacht des Globalen Südens zu präsentieren. Außerdem setzten sich die Delegierten wie erwartet erneut gegen das CO₂-Steuersystem CBAM ([wir berichteten](#)) der EU ein.

Unverändert zu unseren Berichten aus 2023 und 2024 pocht China auf der COP auf seinen **Status als Entwicklungsland** und fordert die Industriestaaten auf, ihrer Verantwortung bei der Finanzierung des Klimaschutzes gerecht zu werden, hält sich selbst jedoch bei **eigenen Beiträgen** strategisch zurück. Dass das Land in sauberen Energien weltweit führt, wird auf der COP zwar betont, die chinesischen Delegierten vermeiden jedoch gezielt Hoffnungen auf chinesische Führungsansprüche in Sachen Klimaschutzfinanzierung oder -diplomatie zu wecken. Denn: China hat trotz der Abwesenheit der USA kein Interesse daran, **allein** die Führungsrolle für globale Klimapolitik zu übernehmen.

ZAHL DES MONATS

789

Das ist die Anzahl der Delegierten, die China laut einer Analyse von **Carbon Brief** nach Belém entsandt hat. Darunter befinden sich mehr als 100 Parteidelegierte und fast 700 weitere Delegierte (Vertreter lokaler Behörden, der Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und ausländischer Beratungsunternehmen). Nur Gastgeber Brasilien hatte noch mehr Delegierte.

Geopolitik und Finanzen

Charmeoffensive mit System: Chinas strategischer Schulterschluss mit dem Globalen Süden

Mit einer diplomatischen Großoffensive wirbt China gezielt um die Gunst des Globalen Südens und stellt damit die westlich geprägte Weltordnung zunehmend infrage (wir **berichteten**). Zuletzt präsentierte Staatschef Xi Jinping mit der „**Global Governance Initiative**“ (GGI) ein neues globales Rahmenwerk, das globale Machtverhältnisse zugunsten der Schwellenländer verschieben soll. Das Versprechen: mehr Einfluss und Gleichberechtigung, allerdings klar eingebettet in Pekings politisches und wirtschaftliches **Interessenmodell**. Ob beim Gipfel der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), auf dem Xi die GGI erstmals vorstellte, oder beim sicherheitspolitischen **Xiangshan-Forum**: China inszeniert sich als Schutzmacht des Globalen Südens. Parallel zum sicherheitspolitischen Werben nimmt auch Chinas wirtschaftlicher Einfluss weiter zu. Eine neue **SCO-Entwicklungsbank** soll finanzielle Autonomie vom Westen schaffen, eine Alternative zum US-Dollar bieten und könnte bestehende multilaterale Strukturen wie die AIIB ergänzen. Und: Immer mehr Länder wollen ihre Dollarschulden in

Yuan konvertieren, wie aktuell Kenia. Für viele Staaten des Globalen Südens bietet China günstige Zinsen, Zugang zu Infrastrukturkrediten und politische Rückendeckung.



© UN Photo/Manuel Elias, Flickr

Mehr Einfluss, weniger Einsatz: Chinas kalkulierter UN-Kurs

China inszeniert sich in der UN als Verteidiger des Multilateralismus. Pekings Verständnis des Multilateralismus deckt sich allerdings nicht mit dem der UN ([Decoding China](#)), und zweitens dient die UN einer ganz pragmatischen Strategie [nationaler Machtsicherung](#). Peking nutzt die Vereinten Nationen zunehmend, um eigene Initiativen wie die Global Governance Initiative (GGI) einzuführen (siehe oben). Während die Global Development Initiative (GDI) 2021 noch auf der UN-Generalversammlung vorgestellt wurde, blieb der chinesische Präsident der 80. Generalversammlung fern. Er stellte stattdessen die neue GGI beim Gipfel der Shanghai Cooperation Organization (SCO) vor, einer Plattform, die von Beijing aus koordiniert wird. Kurz vor der 80. UN-Generalversammlung stellte dann der Premierminister [Li Qiang die GDI nochmals in der UN](#) vor. The Diplomat mutmaßt, dies sei Teil einer [bewussten Strategie](#), und mache vor allem die wachsende Bedeutung der SCO-Staatengruppe für Pekings Außenpolitik deutlich. China ist mit 20% zweitgrößter Beitragszahler der UN, nach den USA mit 22%. Doch ähnlich wie bei den USA kommt es auch bei China zu Zahlungsausfällen- oder [Verspätungen](#): 2024 zahlte China seinen Beitrag zum regulären UN-Budget von \$480 Mio. erst zehn Monate verspätet. Für 2025 stehen weitere \$597 Mio. aus. Auch andere Staaten leisten ihre Beiträge immer wieder deutlich verspätet. Aufgrund der Verzögerungen musste die UN ihr Budget zuletzt um 600 Mio. Dollar kürzen, was die Arbeitsfähigkeit der Organisation erheblich einschränkt (siehe den [Blogbeitrag](#) von Brot für die Welt). In Kombination mit dem Rückzug der USA aus multilateralen Foren nutzt China das entstandene [Vakuum](#), nicht, um das bestehende System zu stärken, sondern um es nach

Pekings Vorstellungen globaler Ordnung und multipolarer Machtbalance umzubauen.

Fünfjahresplan 2026-30



© - Kenny, Unsplash

Fünfjahresplan im Zeichen globaler Spannungen

Auf dem vierten Plenum des Zentralkomitees stellte Chinas Parteiführung die Weichen für den 15. Fünfjahresplan (2026–2030). Dabei wurde unmissverständlich deutlich, worum es künftig geht: nicht das Wohl der Bevölkerung, sondern die **Führungsrolle der Partei** hat oberste Priorität. „Die Gesamtführung der Partei“ steht laut Abschlusserklärung über dem Grundsatz, die Interessen des Volkes an erste Stelle zu setzen. Die Prioritätenverschiebung erfolgt vor dem **Hintergrund** geoökonomischer Spannungen. Handelskonflikte, Überkapazitäten und ein schwacher Binnenmarkt setzen China unter Druck. Die Parteiführung antwortet mit einem **sicherheitsorientierten Kurs**: Technologische Souveränität und Resilienz rücken ins Zentrum, Wachstum verliert an Bedeutung. Statt Geld umzuverteilen, will die Regierung mit Investitionen in Infrastruktur und neue Märkte die Wirtschaftskraft steigern und so die Nachfrage im eigenen Land ankurbeln. Zentral ist die Neugewichtung strategischer Branchen. **Elektromobilität**, lange eine Schlüsselindustrie, verliert diesen Status. Stattdessen sollen nun Quantentechnologie, Biofertigung, Wasserstoff- und Kernfusion, Gehirn-Computer-Schnittstellen, Künstliche Intelligenz und 6G-Mobilfunk Chinas Zukunft sichern. Massive staatliche Investitionen in die Modernisierung der Chemieindustrie, den Maschinenbau und Schiffbau soll in den nächsten fünf Jahren neue Absatzmärkte im Wert von 1,2 Billionen Euro erschließen.

Chinas Klimaziele im Fünfjahresplan

Im 15. Fünfjahresplan (2026–2030) will China die „**grüne Transformation**“ beschleunigen, mit Fokus auf ein „neues Energiesystem“, die Förderung „grüner Produktionsweisen und Lebensstile“ sowie die „grüne Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft“. Ein Ziel ist der jährliche Ausbau von mindestens **120 GW Windkraft**, davon 15 GW Offshore, mehr als doppelt so viel wie im letzten Plan. Zheng Shanjie, Chef der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), betonte die **Bedeutung** des „dual control of carbon“-Systems sowie struktureller Veränderungen in Energie, Industrie und Konsum. Die Energiebehörde NEA versprach ein „sauberes, kohlenstoffarmes und sicheres“ System. Doch strukturelle Probleme bleiben: Laut IEA fehlt ein **flexibler Strommarkt**, um Wind und Solar besser ins Netz zu integrieren. Ein landesweiter Markt und Reaktionsfähigkeit auf Nachfrage seien nötig, um den Emissions-Peak vor 2030 zu erreichen.

Aus unserer Arbeit



RIMA-Netzwerktreffen in Bangladesch: Stimmen gegen fossile Megaprojekte

Beim diesjährigen Treffen der Regional Infrastructure Monitoring Alliance (RIMA) Netzwerks in Bangladesch stand eine **klare Botschaft** im Mittelpunkt: Energie- und Infrastrukturpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht an kurzfristigen Profiten. **Urgewald** war mit Nora Sausmikat und Nicole Rath vor Ort. Gemeinsam mit Partnern besuchten sie betroffene Gemeinden rund um die Kohlekraftwerke Payra und Patuakhali. Dort berichten Anwohner von Gesundheitsschäden, verschmutztem Wasser und Bestechung bei Entschädigungszahlungen. Bangladeschs Interims-Umweltministerin Rizwana Hasan forderte in ihrer **Eröffnungsrede** Investitionen stärker an Umwelt- und Sozialstandards sowie an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen auszurichten. Auch Chinas umstrittene Infrastrukturprojekte wie ein geplanter Mega-Staudamm im Himalaya standen zur Debatte, Aktivisten aus Indien wurden daran **gehindert**, vor Ort mitzudiskutieren. Ein ausführlicher Bericht wird im Dezember auf unserer Webseite zu finden sein.

Urgewald auf der Jahrestagung der Weltbank

Auch in diesem Jahr nahm unser Weltbank-Team, bestehend aus Dustin Schäfer, Jannis Perzlmeier und Ute Koczy, an der Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) teil. Die Trump-Regierung hat sich inzwischen entschieden, den US-Einfluss auf die beiden Institutionen in ihrem Sinne zu nutzen. Trump forciert die Förderung fossiler Energieträger und setzt auf Atomkraft. Weltbankpräsident Ajay Banga reagiert, indem er die Schaffung neuer Arbeitsplätze als zentrales Ziel der Armutsbekämpfung darstellt. Themen wie Klima oder auch „Gender“ werden offiziell nicht mehr erwähnt. Am Rande der Jahrestagung traf sich **urgewald** Mitarbeiter Dustin Schäfer mit dem Management und den Vizepräsidenten der AIIB. Auf dem Treffen wurde über den Wechsel an der Spitze der Bank ab Januar 2026, den Status des seit 10 Jahren diskutierten Mandalika Tourism Project in Indonesien,

die Überarbeitung der Energiestrategie und über den Beschwerdemechanismus diskutiert. Urgewald hat gemeinsam mit drei anderen NGOs diese Treffen am Rande der Weltbanktagung institutionalisiert.



Erfolg in Taiwan: FPCC stoppt russische Naphtha-Importe

Gemeinsam mit CREA, Environmental Rights Foundation und weiteren Partnern hat urgewald [publik gemacht](#), wie Taiwans Formosa Petrochemical Corporation (FPCC) mit russischem Naphtha Putins Kriegskasse füllt. Der öffentliche Druck zeigte Wirkung: FPCC kündigte an, keine neuen Verträge mehr abzuschließen – ein bedeutender Schritt für Transparenz und Sanktionsdurchsetzung. Doch die Arbeit geht weiter: FPCC bleibt einer der größten Importeure russischer Kohle in Taiwan. Der Report kann [hier](#) gelesen werden.



Spenden

Unabhängige Arbeit braucht unabhängiges Geld.

[Jetzt spenden](#)

Tipps am Rande

MERICS Podcast: Die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: ein Vehikel zur Verbreitung chinesischer und russischer Sichtweisen

Vom 31. August bis zum 1. September fand in Tianjin unter dem Vorsitz von Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping das jährliche Gipfeltreffen der Shanghai Cooperation Organization (SCO) statt. Die SCO, die seit ihrer Gründung im Jahr 2001 als regionales Forum für Sicherheitsfragen ihr Mandat erheblich erweitert hat, sei für Beijing und Moskau ein zentrales Forum, um ihre Zusammenarbeit in geopolitischen Angelegenheiten zu institutionalisieren und ihre eigenen Narrative zu verbreiten – als Alternativen zur westlich geprägten Weltordnung.

ARD Doku: Chinas Griff nach Tibet

China kontrolliert Tibet mit zunehmender Härte. Das geistliche Oberhaupt des tibetischen Buddhismus, der Dalai Lama, musste 1959 fliehen. Seitdem wird er als Separatist gesehen, ebenso seine Anhängerschaft. Tibet, welches etwa ein Viertel des heutigen Staatsgebietes Chinas ausmacht, gehört zu den am strengsten überwachten Regionen der Welt. Freie Berichterstattung über die Situation vor Ort ist nicht möglich, Kritik an den Chinesen oder auch öffentliche Bewunderung für den Dalai Lama undenkbar – nur wenige Tibeter*innen können das Land verlassen.

MERICS Podcast: China erschließt neue strategische Einflussbereiche

Seit einigen Jahren weitet China seine Interessen sukzessive auf neue strategische Bereiche aus: den Weltraum, die Polarregionen, den Cyberraum und die Tiefsee. Vorangetrieben wird dieses Vorstoßen Chinas in neue Grenzregionen auch durch den zunehmenden geopolitischen Wettbewerb mit den USA und Europa.

urgewald e.V.
Nora Sausmikat
Von-Galen-Str. 4
48336 Sassenberg
Deutschland

chinadesk@urgewald.org
<https://www.urgewald.org/>

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.